



Antrag

Vorlage: AT/0012/2026/1		Datum: 23.03.2026	
Verfasser: 003-Ratsfraktion SPD		Az.:	
Betreff:			
Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke-PARTEI, FREIE WÄHLER, WGS und FDP: Resolution Bahnverkehr			
Gremienweg:			
26.03.2026	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		ohne BE abgesetzt geändert
	öffentlich		

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt Koblenz fordert eine bessere Anbindung von Koblenz an Mainz, Frankfurt, Köln, Bonn und den überregionalen Bahnverkehr.

Und er fordert die Deutsche Bahn auf:

1. Sofortige Maßnahmen zur Verbesserung der Information durch die DB einzuleiten, damit Fahrgäste frühzeitig und verlässlich über alternative Routen und Veränderungen im Fahrplan informiert sind.
2. eine zentrale Ansprechstelle damit zu beauftragen, Beschwerden über den Bahnverkehr im Mittelrheintal zu sammeln, auszuwerten und daraus schnell Schlüsse zu spürbaren Verbesserungen zu ziehen. Hierzu gehört eine realistische Planung der Abfahrten, Fahrzeiten und notwendigen Zugkapazitäten; insbesondere auch für Berufspendlerinnen und -pendler;
3. während der anstehenden Sperrungen frühzeitig verlässliche Verbindungen unter anderem für Berufspendlerinnen und -pendler in ausreichender Kapazität anzukündigen und zur Verfügung zu stellen. Hierzu kann ggf. eine Schnellbusverbindung zwischen Koblenz und Bonn/Köln bzw., Mainz und Frankfurt am Main Hauptbahnhof und Frankfurt Flughafen gehören.

Wir bitten Herrn Oberbürgermeister Langner möglichst gemeinsam mit seinen Amtskollegen aus der Regiopole auf den zuständigen Konzernbeauftragten der Deutschen Bahn AG zuzugehen und bei diesem auf eine deutliche Verbesserung der Situation zu drängen.

Dieser Beschluss soll der Landesregierung, dem SPNV Nord, den anderen Mitgliedern der Regiopole und dem zuständigen Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn übersendet werden.

Begründung:

Mit Sorge beobachten wir jedoch die sich seit Jahren (z.B. aufgrund von Baustellen oder Einstellungen von ICE-Linien) problematische Anbindung der Regiopole Mittleres Rheinland an das Netz des Schienenpersonenfernverkehrs (SPFV). Für Unternehmen, Behörden und die rd. 300.000 Einwohnerinnen und Einwohner der Regiopole haben sich Taktung und Pünktlichkeit der Bahn in den vergangenen Jahren erheblich verschlechtert. Das Mittelrheintal erträgt einerseits enorme Lärmbelastungen durch den Güterverkehr, profitiert aber immer weniger von den Vorteilen des Bahnverkehrs.

In den letzten Monaten haben sich die ohnehin kritikwürdigen Bedingungen für die Kundinnen und Kunden der Bahn, insbesondere Bahnpendlerinnen und -pendler, noch einmal deutlich verschlechtert.

1. Massive Verspätungen, eine chaotische Informationspolitik der Deutschen Bahn, unkoordinierte Fahr- und Baustellenplanungen führen zu erheblichen Belastungen für die Menschen. Fahrten sind seit Monaten nicht mehr sinnvoll planbar. Die Fahrzeiten z.B. nach Mainz haben sich häufig verdoppelt.
2. Bei Reisen innerhalb Deutschlands mit Abfahrtsort Koblenz, ist die Bahn derzeit kein verlässliches Reisemittel.
3. Die Unzuverlässigkeit der Verbindungen in Richtung Berlin, Frankfurt/Main oder Köln verschlechtert die Standortbedingungen der Region und führen damit zu wirtschaftlichen Nachteilen. Die Nachwuchsgewinnung der zum Teil bundesweit bedeutsamen Unternehmen und Behörden wird deutlich erschwert.
4. Während die ICE-Strecke über den Westerwald Priorität zu genießen scheint, wird das Mittelrheintal zunehmend abgehängt. Ein schleichender Umbau der Mittelrhein-Strecke zur Trasse des Güterverkehrs ist für unsere Region nicht akzeptabel.

Das Verständnis der Bahnkundinnen und Bahnkunden wird immer geringer, die Fahrgäste verzichten auf die Nutzung und die Züge werden immer leerer, weil kein Verlass mehr auf die Bahn da ist. Die Deutsche Bahn und die DB InfraGO müssen das verlorene Vertrauen wieder zurückgewinnen und deshalb verstehen, dass beim Thema Bauen die Arbeitsweise und die Informationspolitik dringend verbessert werden müssen.